

**Silke Ötsch**

# **Zwischen Problemlösungskompetenz und Expertenpopulismus**

**Positionen von Steuerberater:innen zu Regulierung  
und Steuerpolitik in Deutschland**

**SOFI Working Paper  
2022-26**

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V.  
an der Georg-August-Universität

## **Zitationshinweis**

**Silke Ötsch**

**Zwischen Problemlösungskompetenz und Expertenpopulismus**  
**Positionen von Steuerberater:innen zu Regulierung und Steuerpolitik in Deutschland**

**SOFI Working Paper 2022-26**  
**Göttingen: SOFI**

© Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e. V.  
an der Georg-August-Universität

ISSN 1864-6999

## Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht Regulierungsvorstellungen von Steuerprofessionellen in Deutschland im Spannungsfeld von Professionellen und Politik. Steuerprofessionelle sehen sich in der Regel als überlegene Expert:innen und Sündenböcke in der Diskussion um Steuerskandale und weisen der Politik die Schuld an Steuerschlupflöchern zu. Über problemorientierte qualitative Interviews mit über 40 Steuerprofessionellen aus Deutschland, Liechtenstein und Österreich haben wir untersucht, welche Regulierungsvorstellungen und Problemlösungskompetenz Steuerprofessionelle in Fragen der Steuerpolitik haben. Die Befragung ergab, dass sich viele Befragte eine Reform der Finanzverwaltung wünschen, steuerliche Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung und Wettbewerbsfähigkeit, eine gerechtere Verteilung von Steuerlasten und eine Vereinfachung des Steuersystems. Zur Begründung der Forderungen beriefen sich die Professionellen in vielen Fällen auf Grundannahmen, die aus wissenschaftlichen Perspektiven aber hinterfragt werden oder nicht mehr haltbar sind. Die Aussagen können damit nicht als neutrale Expertise eingestuft werden, sondern sind eine Form von Expertenpopulismus. Eine Gestaltung der Steuer- und Finanzsysteme sollte in einer Gesamtperspektive erfolgen, ohne dass die Gesellschaft bei der Lösung politischer Fragen von Professionellen mit spezifischen Sichtweisen und Interessen abhängig wird.

*Dieser Beitrag ist Teil des Projekts „Steuergestaltung als Profession“ (Projektnummer 418216288) gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Ich bedanke mich bei meinen Interviewpartner:innen für Ihre Mitwirkung und wertvolle Einblicke und bei Richard Hule und Fabian Lochner für Korrekturhinweise.*

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>I. Einführung</b>	<b>5</b>
<b>II. Steuerprofessionelle in Deutschland als Fallbeispiel</b>	<b>6</b>
<b>III. Was soll die Politik tun? Die Problemwahrnehmung von Steuerprofessionellen</b>	<b>8</b>
<b>IV. Regulierungsvorschläge von Steuerprofessionellen</b>	<b>9</b>
<b>V. Idealtypen von Regulierungseinstellungen</b>	<b>14</b>
<b>VI. Von Expertise zu Professionellen-Aktivismus und Opportunismus</b>	<b>14</b>
<b>VII. Literatur</b>	<b>16</b>
<b>SOFI Working Papers</b>	<b>18</b>

## I. Einführung

Steuerberater:innen kommen in Diskussionen um die gesellschaftliche Rolle von Wirtschaftsexpert:innen bislang kaum vor. Dabei hat ihr Wirken als Professionelle nennenswerte Auswirkungen auf die Allokation von Mitteln. Das Gesamtsteueraufkommen in Prozent des BIP betrug 2019 im OECD-Schnitt 33,8%, in Deutschland 38,8% (OECD, 2022). Gesellschaften prägt, wie Steuern innerhalb dieser Gesellschaften verteilt sind, etwa welcher Anteil von Steuern auf Verbrauchsteuern, Einkommen, Unternehmensgewinne oder Vermögen entfällt oder wie hoch Arbeit besteuert ist. Volkswirtschaftlich relevant ist außerdem die Frage, wo Gelder vorhanden sind und wo sie über Steuern abgeschöpft werden. Mit der fortgeschrittenen Umweltkrise rückt zudem die Steuerungs- und Anreizfunktion von Steuern wieder stärker in den Fokus.

Steuerberater:innen haben Handlungsspielräume bei der Interpretation und Umsetzung von Gesetzen. Es hat gesellschaftliche Auswirkungen, wie Professionelle mit diesen Spielräumen umgehen (mehr zur Rolle von Professionellen s. Ötsch, 2021). Wenn Steuergestaltung und ihre gesellschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Auswirkungen thematisiert werden, liegt der Schwerpunkt der Analysen häufig auf dem institutionellen Rahmen und technischen sowie politischen Fragen der Gestaltung von Regulierung. Dazu kommt eine umfassende juristische Literatur über Einschätzungen und Interpretationen von Steuergesetzgebung. In der jüngeren politischen Diskussion um Regulierung rücken Akteur:innen und ihre gestaltende Rolle bei der Umgehung von Besteuerung stärker in den Fokus, etwa aus Perspektive des Critical Accounting und der Organisationswissenschaften (Sikka, 2010; Sikka and Willmott, 2013; Seabrooke and Wigan, 2015) oder der Soziologie (Harrington, 2016; Ötsch, 2017, 2021; Ötsch, Buchholz und Lochner, 2021). Die US-amerikanische Fiskalsoziologie hat herausgearbeitet, wie der Einfluss ökonomischer Expert:innen Diskurse von Steuergerechtigkeit verschoben hat. Bis in die 1940er Jahre war US-amerikanische Steuerpolitik stark vom Gedanken der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und Umverteilung geprägt, in den 1950er Jahren rückte mit dem Keynesianismus die Funktion von Steuern zur Wirtschaftsförderung in den Vordergrund, bis *Optimalsteuertheorien* den Vorrang wirtschaftlichen Nutzens vor Ansprüche vertikaler Gerechtigkeit implementierte und der Glaube an effiziente Märkte Ideen einer *investitionsneutralen Besteuerung* hervorbrachte, die auch regressive Steuersysteme oder die Flat Tax im politischen Diskurs legitimiert (Steuerle, 2002; Ventry, 2002). Auch in Deutschland rückte Steuerpolitik der letzten Dekaden den Fokus von Verteilungsgerechtigkeit auf *horizontale Gerechtigkeit* – der gleichen Besteuerung gleich leistungsfähiger Besteuerter – unter Rückgriff auf liberale und libertäre Wirtschaftstheorien (Leipold, 2020). Scheinbar neutrale Expertise trägt so wenig hinterfragt zur Durchsetzung neoliberaler Steuerpolitik bei oder wird sogar durch Think Tanks und in Bewegungen zur Durchsetzung der Interessen von Reichen instrumentalisiert (Bartels, 2008; Martin, 2013).

Mittlerweile stellt auch die Politik, die jahrzehntelang auf die Selbstverwaltung und Berufsethik von Professionellen vertraut hat, Fragen nach gesellschaftlichem Schaden durch eigennütziges Handeln von Professionellen, etwa im Rahmen von Untersuchungskommissionen und von Gerichtsfällen (U. S. Permanent Subcommittee on Investigations, 2005; UK House of Commons, 2013; Deutscher Bundestag, 2017). Die Aufarbeitung von Leaks (*Suisse Secrets, Panama Papers, Luxemburg Leaks, Bahamas Leaks, Pandora Papers, Suisse Papers* u.a.) hält das Thema im öffentlichen Diskurs. Erkenntnisse aus verschiedenen Gutachten von Untersuchungskommissionen und Gerichtsverfahren aus den USA und Großbritannien oder die derzeit vor Gericht verhandelten Betrugsfälle mit Cum-Ex-Transaktionen in Deutschland bestätigen die kritische Annahme, dass Berufstätige und Unternehmen sich in den untersuchten

Fällen in einem rechtlichen Graubereich bewegt und auch bewusst Gesetze überschritten haben. Für Professionelle ergeben sich Konsequenzen, weil die Politik Steuergesetze und -gestaltungen reguliert, etwa im Rahmen des Informationsaustauschs, der BEPS-Initiative der OECD, der globalen Steuerreform (u.a. Mindeststeuer), dem Versuch der Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Bemessungsgrundlage, den Anzeigepflichten für Steuergestaltungen auf internationaler und nationaler Ebene oder verschiedenen Verschärfungen auf nationaler Ebene, etwa durch Zins- oder Lizenzschränken. Vorrechte wie die Selbstverwaltung der Profession können neu ausgehandelt werden, deren Tätigkeiten, Inhalte und Marktzugänge hinterfragt werden. Doch sind die kritischen Fälle überhaupt repräsentativ und liegt die Verantwortung nicht bei der Politik? Hat es die Politik versäumt, Lücken zu schließen und macht Steuerberater:innen zu Sündenböcken? Welche gesellschaftliche Rolle professionelle Fertigkeiten, Praktiken und Problemlösungskompetenzen von Steuerberater:innen in der Legitimationskrise der Steuergestaltung spielen haben wir in einem Forschungsprojekt am Fallbeispiel Deutschland untersucht.

## II. Steuerprofessionelle in Deutschland als Fallbeispiel

Im Rahmen unseres Forschungsprojekts „Steuergestaltung als Profession“ haben wir neben Literatur- und Datenauswertungen qualitative problemzentrierte Interviews mit 43 Professionellen geführt, die beruflich in Steuergestaltung involviert sind und in Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, für Unternehmen, als Selbstständige und neben ihrer universitären Tätigkeit Steuerberatung in Deutschland, Liechtenstein und Österreich betreiben. Als Gegenfolie haben wir außerdem einige Personen aus der Finanzverwaltung, dem Gewerkschaftssektor, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft interviewt. Dabei haben wir die Professionellen gefragt, wie bzw. ob sie im Berufsalltag mit Steuergestaltung beschäftigen, wie sie mit juristischen Grauzonen umgehen, wie sie Regulierung, Verwaltung und Politik sowie den Begriff Steuergerechtigkeit einschätzen und wie sie zu ihrem Beruf gekommen sind (mehr zu den verwendeten Methoden s. Ötsch, Buchholz and Lochner, 2021).

Die Bundesteuerberaterkammer (2021) zählt in Deutschland 88.855 Berufsträger:innen und 10.789 Steuerberatungsgesellschaften (2020). Voraussetzung für die Zulassung zur Steuerberatung ist eine erfolgreich absolvierte Steuerberaterprüfung. Um zur Prüfung zugelassen zu werden, benötigt man entweder a) eine dreijährige Ausbildung als Steuerfachangestellte/r plus zehn Jahre Berufspraxis oder eine Zusatzausbildung als Steuerfachwirt/in oder Bilanzbuchhalter/in und sieben Jahre Berufspraxis oder b) einen Bachelor-Abschluss in einem wirtschaftswissenschaftlichen oder rechtswissenschaftlichen Studiengang und drei Jahre Berufspraxis oder einen Master-Abschluss, d.h. ein mindestens vierjähriges Studium in diesen Wissenschaften und zwei Jahre Berufspraxis. In jüngster Zeit haben die Universitäten auch spezialisierte Studiengänge für Finanz- und Rechnungswesen, Steuern und Steuerrecht eingeführt (Beruf-Steuerberater. de, ohne Datum). Als juristische Personen sind insbesondere Partnerschaftsgesellschaften zugelassen, die sich aus den genannten Berufsangehörigen zusammensetzen, neben Steuerberatungsgesellschaften, Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Die Branche ist divers strukturiert und umfasst unterschiedliche Geschäftsmodelle. Steuerprofessionelle haben überdurchschnittlich hohe Einkommen verglichen mit Absolventen mit ähnlichen Qualifikationen oder dem öffentlichen Sektor und setzen ihre Expertise als Akkumulationswerkzeug ein (Ötsch, 2021). Unserer Befragung konnten wir entnehmen, dass die Steuerprofessionellen die Legitimationskrise der Steuergestaltung wahrnehmen, dadurch aber größtenteils keine Sinnkrise bezogen auf die eigene professionelle Tätigkeit

empfinden (Ötsch, Buchholz und Lochner, 2021). Stattdessen reagieren sie in vielen Fällen mit einer politischen Neuaufstellung der Lager und Gegenangriffen gegen Kritik von Außen (ebd.). In diesem Beitrag fokussiere ich auf Nutzen und Wirkung professioneller Kenntnisse und gesellschaftliche Problemlösungskompetenz. Hintergrund dieser Problematik ist das Spannungsverhältnis das sich ergibt, wenn spezifische Kenntnisse und Praktiken der Professionellen auf Politiken treffen, die aus einer generalistischen Perspektive den Rahmen für das Wirken der Professionellen setzen.

Wenn Steuerberater:innen auf illegitime Konstruktionen angesprochen werden, antworten sie häufig, es sei die Aufgabe der Politik, die Steuerschlupflöcher zu schließen. Ein extremer Fall ist beispielsweise Hanno Berger, ein Jurist, der als ehemaliger Beamter und Regierungsdirektor als Berater in Anwaltskanzleien überwechselte. Berger ist heute angeklagt, eine Schlüsselfigur im Steuerbetrug mit Cum-Ex-Transaktionen zu sein. Der durch dieses Betrugsmodell entstandene Schaden wird auf 55 bis 150 Milliarden Euro geschätzt, wobei mindestens zehn europäische Länder und die USA betroffen sein sollen (Handelsblatt, 2021). Der angeklagte Berger sieht sich als Sündenbock und behauptet, keine Fehler gemacht und legal gehandelt zu haben: *„Wir haben die Gesetze nicht gemacht, sondern der Gesetzgeber in Berlin. Alle, die sich heute empören, sollen sich bitte an die Abgeordneten in Berlin und das Finanzministerium wenden“* (Berger, 2021). De facto sei die Politik informiert gewesen und habe nicht gehandelt (Berger, 2021). Solche Aussagen sind, bezogen auf das Tagesgeschäft der Steuerberatung, Standard unter Professionellen, auch wenn die Befragten nicht unter dem Verdacht standen, Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu leisten. Dabei thematisieren sie jedoch in der Regel nicht, dass professionelles Wissen immer mit Interpretation verbunden ist; Recht hat per se Unschärfen, da es nicht für jeden Einzelfall formuliert ist. In unserer Untersuchung wollten wir herausfinden, wie die Aussage zu interpretieren ist, die Frage der Legitimität und Steuermoral spiele für Steuerprofessionelle keine Rolle, da diese nur an Recht gebunden seien und die Politik verantwortlich sei. Handelt es sich um eine Zweckbehauptung, um ein funktionalistisches Verständnis von Arbeitsteilung, oder haben Professionelle wirklich eine bessere Problemlösungskompetenz und sehen de facto Lösungen, wie die Politik die Lücken schließen kann? Um mehr darüber hinauszufinden, haben wir in den problemzentrierten qualitativen Interviewleitfaden die Frage integriert: *„Was würden Sie tun, wenn Sie Finanzminister/Finanzministerin wären?“* Bei dieser Frage kann eingewendet werden, dass Steuerberater:innen eine andere Funktion haben als Politiker:innen. Da jedoch exponierte Steuerberater:innen und selbst akademische Steuerexpert:innen über Jahre bis Jahrzehnte Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltung mit Verweis auf Fachexpertise häufig aggressiv verteidigt haben oder der Branche unter dem Anreiz hoher Honorare zugearbeitet haben, frage ich hier, ob das potente Auftreten gegenüber Verwaltung, Politik und Journalismus von Problemlösungskompetenz unterlegt ist. Im Folgenden stelle ich zunächst die Antworten der Steuerberater:innen dar, umreiße dabei zuerst zentrale Grundannahmen, nenne die wichtigsten Problemdiagnosen und gehe dann auf die Politikvorschläge ein. Abschließend bewerte ich die Rolle der Professionellen bezogen auf ihre Problemlösungskompetenz.

### III. Was soll die Politik tun? Die Problemwahrnehmung von Steuerprofessionellen

Bezogen auf Finanzmarktdiskurse prägt Frédéric Lordon (2000) den Begriff der „*idée simple*“ als „*Leit-idee, die mit Theorien verbunden ist und in relevanten Kontexten anerkannt wird. Aufgrund ihrer Unbestimmtheit entfaltet die einfache Idee eine besondere Kraft, weil eine Vielzahl von Inhalten und Absichten unter sie subsumiert werden kann. Eine einfache Idee lädt die Beweislast auf die Seite, die nicht in ihrem Sinne handelt*“ (Lordon, 2000 Übersetzung d.A.). Solche gesetzten Ideen spiegeln Grundüberzeugungen, aus denen sich Maßnahmen ableiten, oder die dazu führen, dass Probleme und Maßnahmen garnicht erst gesehen werden. In den Interviews mit Steuerberater:innen konnten wir folgende Grundüberzeugungen identifizieren:

- Die Verfolgung von Eigeninteresse und Steueroptimierung liegen in der Natur des Menschen.
- Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit erfordern Steueroptimierung.
- Der Staat ist ein schlechter Unternehmer.
- Regulierung ist wie ein Pendel: Regulierungen müssen ausbalanciert werden. Auf Phasen der Regulierung folgen Phasen, in denen die Regulierung zurückgenommen wird.
- Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein.
- Steuerberater:innen spielen eine wichtige Rolle in der Gewaltenteilung und vertreten Freiheitsrechte.

Auf die Frage, was sie als Finanzminister tun würden reagierten viele Steuerberater:innen perplex und suchten lange nach Antworten oder sagten, dass sie darüber noch nie nachgedacht hätten. Mehrere Personen machten deutlich, dass solch eine Position nicht „*ihr Traumberuf*“ oder „*kein einfacher Job*“ sei, es sie nicht „*in diese Position dräng[e]*“, sie lieber „*das Außenministerium nehmen*“ würden oder sie keine Ahnung hätten. Viele der Befragten umrissen zunächst ihre Sicht auf Probleme.

Ein Teil der Befragten hatte den Eindruck, das System funktioniere im Großen und Ganzen. „*Wir [gemeint sind die Deutschen, d. A.] sind ja in einer relativ komfortablen Situation so insgesamt*“. Die Mehrheit der Befragten war besorgt, dass Deutschland durch Besteuerung im Standortwettbewerb benachteiligt sei. Steuersätze in konkurrierenden Ländern wie den USA seien niedriger. Die Mentalität und das Gerechtigkeitsstreben der Masse und der davon unter Druck gesetzten Politik schadet nach Ansicht verschiedener Interviewpartner:innen dem Standort, da das *Gerechtigkeitsstreben* eine Vereinfachung des Steuersystems verhindere. Gerechtigkeitsansprüche würden absolut gesetzt, obwohl mehr Ausgewogenheit für den Standort gut sei. Ambitionen wie die gerechte Besteuerung von Digitalkonzernen führen Interviewpartner:innen auf Neid zurück. Maßnahmen, die auf eine stärkere Besteuerung der digitalen Wirtschaft setzen würden Deutschland zum Verlierer des neuen Systems machen. Interviewpartner:innen beschreiben Deutschland als Land, das sich transparent und kooperativ nach außen verhält. Problematisch sei, dass Deutschland ganz viel Steuereinnahmen in der Welt verteile müsse und Schwellenländer auch einen Teil des Kuchens haben wollten.

Viele Befragte sprachen sich für *Haushaltsdisziplin* aus im Sinne des Slogans „*man kann nicht mehr ausgeben als man hat*“. Verschiedene Personen nannten Beispiele für die Verschwendung von Steuergeldern (z.B. das Bauprojekt Berliner Flughafen) als Beleg, dass der Staat ein schlechter Unternehmer sei,



ohne die Repräsentativität der Beispiele zu reflektieren. Die Bereitstellung von Infrastruktur durch den Staat war hingegen breit akzeptiert.

Ein Teil der Professionellen sieht die Komplexität des Steuersystems als problematisch an, während ein anderer Teil davon ausgeht, dass komplexe Gesellschaften komplexe Gesetze benötigen und Instrumente auch dann nützlich sein können, wenn nicht jedes technische Detail für jeden verständlich sei. Andererseits sei Rechtssicherheit nicht gegeben, wenn Regelungen nicht verstanden werden. Außerdem sei es ineffektiv, viel Arbeitsleistung aufzuwenden, um die Gesetze einzuhalten und neue Transparenz- und Deklarationspflichten zu erfüllen. Interviewte beschwerten sich auch über fehlende Rechtssystematik, die zugunsten politischer Ziele oder zur Erzielung von Einnahmen geopfert werde. Ein häufig verwendeter Topos, an dem dieses Problem erläutert wurde, sind die steuerlich begünstigten Feiertagszuschläge der Krankenschwester. Nach Ansicht der Interviewpartner:innen verunstalten solche Sonderregelungen die Steuersystematik und befrachten das Steuersystem mit Problemen des primären Wirtschaftszyklus, etwa der Tarifpolitik. Zudem werde der Marktmechanismus einer optimalen Steuergesetzgebung durch Politik verzerrt: „... in der heutigen Zeit, wir haben ständig eh irgendwelche Wahlen irgendwelche Landtagswahlen“ die sich nachteilig auswirken und sinnvolle Reformen wie eine Flat Tax verhindern würden. Wenn die Politik „die ganzen Freibeträge abschaffen“ und das Steuersystem systematisch vereinfachen würde, „... dann würden draußen die Mülltonnen brennen“.

Die meisten Interviewpartner:innen sahen Verbesserungsbedarf bei der Finanzverwaltung. Kritisiert wurde die schlechte Ausstattung mit Arbeitskräften und Nachwuchsprobleme, ein fehlendes Leistungsbewusstsein der Beamt:innen durch niedrige Entlohnung, fehlende Einstiegsmöglichkeiten für Quereinsteiger:innen, fehlendes Verständnis für praktische Vorgänge in Unternehmen, hierarchische Strukturen und ineffektive Arbeit nach Plan neben fehlender Didaktik im Umgang mit Steuerpflichtigen und einem neuen misstrauischen Verhalten der Behörden. Finanzminister:innen fehle Fachkompetenz. Problematisch sei ein uneinheitliches Vorgehen der Länder in der föderalen Struktur und mangelnde digitale Infrastruktur. Zugleich wurden Personen aus der Verwaltung auch als hochkompetent und motiviert eingeschätzt. Das sei so, seitdem deren Arbeit durch Kritik an Steueroptimierungspraktiken gesellschaftlich mehr Rückenwind bekomme. Während einige Steuerberater:innen angaben, ein gutes Verhältnis zum Finanzamt hatten, beschwerten sich andere über die „Drangsalierung“ von Steuerpflichtigen durch übermotivierte Beamt:innen.

## IV. Regulierungsvorschläge von Steuerprofessionellen

Die Vorschläge der Steuerprofessionellen, was sie in der Rolle einer Finanzministerin/eines Finanzministers tun würden, sind in der folgenden Tabelle geclustert und in sprachlicher Anlehnung an Originalzitate zusammengefasst. Die Aussagen widersprechen sich teilweise aufgrund unterschiedlicher Auffassungen der Interviewpartner:innen.

<b>Förderung des Wirtschaftsstandorts über Steuergesetzgebung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Steuersätze für Unternehmen senken, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt.</li> <li>• Steuersätze senken und zugleich Mindestbesteuerung einführen.</li> <li>• Vereinfachungen im Bereich Deklarationen.</li> <li>• Mehr Rechtssicherheit gewährleisten.</li> </ul>
---	--

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unternehmen „gerecht behandeln“ [= weniger Kontrolle], damit sie sich wieder auf „das konzentrieren, was wertschöpfend ist, dann kann man hoffentlich bessere Autos bauen, die besser für die Umwelt sind...“</li> <li>• Austarieren zwischen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Sozialsystem.</li> <li>• Verhindern, dass Vermögens- oder Erbschaftsteuern die Existenz von Unternehmen gefährden.</li> </ul>
<b>Förderung des Wirtschaftsstandorts über Haushaltspolitik</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gezielte Förderung bestimmter Branchen.</li> <li>• Investitionen in Bildung, in „das was Deutschland ausmacht, in Leute wie Ingenieure, Akademiker“.</li> </ul>
<b>Optimalsteuer für Markteffizienz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aus volkswirtschaftlicher Sicht den idealen Steuersatz wählen, der „Unternehmen anlockt“ (zusätzliche Arbeitsplätze) und der zugleich optimale Gesamtsteuereinnahmen bringt.</li> <li>• Ein steuerfinanzierter Staat setzt einen Rahmen, der die Wirtschaft nicht „erdrückt“ und profitiert von prosperierender Wirtschaft. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Staatswirtschaft und Minimalstaat sollte angestrebt werden.</li> </ul>
<b>Vereinfachung:</b> Pauschalen statt Individualgerechtigkeit, Vorrang von Systematik anstelle Integration politischer Inhalte, Abschaffung von Steuerarten.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Zerstörung der Systematik des Rechtssystems durch die Integration politischer Inhalte in das Recht.</li> <li>• Steuerrecht sollte pauschaler sein und nicht versuchen, jedem gerecht zu werden. Steuergesetze würden einfacher und es gäbe weniger Gestaltung. Umsatzsteuer pauschalisieren.</li> <li>• Flat Tax nach Paul Kirchhofs Credo „verständlich, transparent und nachvollziehbar“. Niedrige Steuersätze, dafür breite Bemessungsgrundlage und weniger Schlupflöcher und keine „Dummensteuer“ mehr.</li> <li>• Erbschaftsteuersätze sollten gesenkt und im Gegenzug Befreiungen zurückgenommen werden.</li> <li>• Notwendig seien nur zwei Steuerarten: Steuern auf Einkommen und Umsatz; wir haben aber rund 40 Steuern.</li> <li>• Steuerarten abschaffen: Gewerbesteuer (ggf. durch anderes Modell ersetzen), Steuern abschaffen, die nur geringfügige Einnahmen bringen (Sekt- oder Biersteuern), Abgeltungssteuer abschaffen und in Einkommensteuer integrieren.</li> <li>• Steuerrecht sollte von der Bedienbarkeit her gesehen akzeptabler und durchschaubarer werden und für Bürger:innen verständlich.</li> </ul>
<b>Prinzipien vs. Einzelfallgerechtigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesetze werden komplexer, da sie versuchen Einzelfälle mitzuerfassen. Der Gesetzgeber sollte zurück zu einem generellen Steuerrecht mit einer generellen Klausel gehen. Aussagen können über teleologische Reduzierungen erschlossen werden, nicht über den Wortlaut.</li> <li>• Durch Typisierung entsteht Unsicherheit, weil „jeder denkt, jetzt muss ich alles melden“.</li> </ul>
<b>Reform der Finanzverwaltung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzverwaltung stärken; mehr Finanzbeamten:innen einstellen.</li> <li>• Die Finanzverwaltung sollte diverser besetzt sein, nicht nur mit „Personen auf Beamtenkarrieren und Juristen“. Es fehlen Personen aus Bereichen, die reguliert werden (Banken), die Kenntnisse über Volkswirtschaft oder über Abläufe in Unternehmen haben, mit Auslandsfahrung und besseren Englischkenntnissen.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Finanzverwaltung sollte betriebswissenschaftlicher agieren, Unternehmen mehr entgegenkommen und den Wettbewerb im Blick haben.</li> <li>• Die Finanzverwaltung sollte effektiver in Stichproben und nur relevante Fälle prüfen und sich mit weniger „<i>Formalia und Kleinkram</i>“ beschäftigen.</li> <li>• Die Finanzverwaltung sollte eine Bundessteuerverwaltung werden (anstelle 16 gleichberechtigter Länderverwaltungen) mit einem Zentralamt für die rund 600 Finanzämter mit einheitlicher Software und Berechnungssystemen als einziger Ansprechpartner für das Ausland.</li> <li>• Das Miteinander von Finanzverwaltung und Unternehmen und Steuerpflichtigen sollte verbessert werden. Das bedeutet, zeitnah und intensiv Fälle abarbeiten (Vorbild Niederlande), mehr Offenheit der Verwaltung für Unternehmensbelange, gemeinsame Gestaltung der Steuererklärung, schnellere Besteuerung. Zugleich sollten Unternehmen transparenter gegenüber der Verwaltung sein.</li> <li>• Existierende Gesetze sollten überhaupt vollzogen werden, anstatt die Abgabenquote zu erhöhen. Dafür sollte die Finanzverwaltung ausgebaut werden.</li> </ul>
<b>Umverteilung / Steuergerechtigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Spitzensteuersatz sollte angehoben werden.</li> <li>• Kapitaleinkünfte (derzeit 25%) sollten wieder voll mit regulärem Steuersatz besteuert werden; in Einkommensteuer integrieren.</li> <li>• Die Erbschaftsteuer sollte erhöht, Ausnahmen reduzieren und Lösung gegen Steuerflucht ins Ausland gefunden werden.</li> <li>• Die Schenkungssteuer sollte erhöht werden.</li> <li>• Die Vermögensteuer ist verteilungspolitisch wünschenswert, allerdings aufwändig zu erheben. Negative Folgen für den Fortbestand von Unternehmen sollten abgewendet werden.</li> <li>• Vermögensteuern sind abzulehnen, um die Existenz von Unternehmen nicht zu gefährden.</li> <li>• Digitalsteuern sollten erhoben werden, ggf. über Quellensteuern.</li> <li>• Kleine Einkommen sind zu stark besteuert. <i>„Man müsste Anreize setzen, um Arbeit insgesamt attraktiver zu machen und im Vergleich zu anderen Einkunftsarten zu entlasten“.</i></li> <li>• Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen durch Modernisierung des Einkommenssteuertarifs.</li> <li>• Carried-Interest für Private-Equity-Manager soll abgeschafft werden.</li> </ul>
<b>Politische Gestaltung und Haushaltspolitik</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einnahmen sollten gezielter eingesetzt werden. Die Politik verschwendet Mittel.</li> <li>• Ausgaben sind nicht zu hoch, aber zu wenig zielgenau.</li> <li>• Kein Anwachsen des Haushalts über Anwachsen des BIPs.</li> <li>• Grundkonsense wie Mindestlohn sollten beibehalten werden. Außerdem sind Lösungen notwendig, weil wir <i>„Menschen in unserer Gesellschaft haben werden, die zukünftig wahrscheinlich gar nicht mehr so mitwirken können“</i> (Bildungsanforderungen).</li> <li>• Förderungen sollten nicht in Steuergesetze integriert oder über Transferleistungen gezahlt, sondern anders finanziert werden (bspw. soll Familienförderung nicht über Kinderfreibetrag, sondern den Ausbau von Infrastruktur betrieben werden, weil das gerechter sei).</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Wohneigentum. Gesellschaft wäre besser, wenn „jeder ne gute Chance hätte ein bisschen Vermögen zu bilden“ (positives Beispiel: Wien).</li> </ul>
<b>Systemfrage: Privat vs. Staat</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Energie, Wasser, Transport gehören in die öffentliche Hand, aber auch nur das (Gegenfolie: Frankreich).</li> <li>• Gesetzlich verankern, dass außerhalb von Notstandszeiten die Ertragssteuerbelastung nicht über fünfzig Prozent liegen darf. Niemand soll mehr als die Hälfte seiner Arbeitskraft für die Gemeinschaft aufwenden.</li> </ul>
<b>Lenkung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine höhere CO2-Besteuerung ist notwendig. Dabei sollte der Wasserbetteffekt beachtet werden.</li> <li>• Die Herausforderungen, externe Effekte bezogen auf Wachstum und Umweltfragen zu messen, sollte angegangen werden.</li> </ul>
<b>Regulierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehr Transparenz.</li> <li>• Weniger Transparenz um Konkurrenz (China) keinen weiteren Informationsvorsprung zu geben.</li> <li>• Ein <i>Information-Reporting-System</i> sollte eingeführt werden, dem alle Erträge einfach gemeldet werden (schützt vor Misstrauen etwa im Fall von Cum-Ex-Geschäften).</li> <li>• Selbstanzeige sollte wieder mehr Straffreiheit und einen „Weg zurück“ ermöglichen.</li> </ul>
<b>Zentralisierung auf Nationaler Ebene</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zentralisierung der Finanzverwaltung (s. Reform der Finanzverwaltung).</li> </ul>
<b>Internationale Ebene</b> Harmonisierung, Kooperation, Koordination, Machtpolitik	<p>Internationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mindestbesteuerung, mehr Transparenz.</li> </ul> <p>Europäische Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Harmonisierung (z.B. Digitalsteuer, Umsatzsteuer, europäische Körperschaftsteuer) besser umsetzen.</li> <li>• Gemeinsame Interessenvertretung gegenüber großen Blöcken China und USA.</li> <li>• Einstimmigkeitsprinzip der EU in Fiskalangelegenheiten abschaffen.</li> </ul>
<b>Digitalisierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitalisierung der Finanzverwaltung.</li> <li>• Recht sollte auf digitale Vollziehbarkeit hin überprüft werden.</li> </ul>

Bemerkenswert ist außerdem, welche Problematiken die Befragten ausließen oder nur als Nebenbemerkung ansprachen. Dies betrifft den Erhalt der Umwelt, die Situation des globalen Südens oder wirtschaftlich benachteiligter europäischer Staaten. Die Befragten kritisierten europäische Südstaaten wie Malta, Zypern und Portugal dafür, dass sie sich als Steueroasen profilieren, attraktive Holdingstrukturen anbieten und goldene Visa verkaufen, ohne jedoch eine systematische Lösung der wirtschaftlichen Probleme dieser Staaten im europäischen Kontext aufzuzeigen. Die Fachleute dachten nur rudimentär in Kategorien von Klassenkonflikten aus einer internationalen Perspektive.

Bei der Zusammenschau der Reformvorschläge kristallisierten sich vier Kategorien von Vorschlägen heraus, die von den Interviewpartner:innen als besonders relevant erachtet werden:

- a) **Reform der Finanzverwaltung:** Unter den Befragten bestand ein breiter Konsens über die Notwendigkeit, die Finanzverwaltung zu reformieren. Als großes, politisch aber kaum lösbares Problem, wurde die föderale Struktur der Verwaltung genannt. Eine Vereinheitlichung, beispielsweise der

Software der Finanzämter, würde die systematische Aufdeckung von Steuerbetrug erheblich erleichtern. Eigeninteressen der für die Steuerverwaltung zuständigen Länder würden jedoch eine zentrale Steuerverwaltung verhindern.

- b) **Steuerliche Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung und Wettbewerbsfähigkeit:** Die meisten Befragten nahmen eine nationale Perspektive ein, die sie teilweise mit Vorschlägen zur internationalen Zusammenarbeit verbanden um einen Unterbietungswettbewerb zu verhindern. Viele Befragte sehen standortfördernde Maßnahmen (wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung, Abbau von Bürokratie und Regulierung, Förderung des deutschen Mittelstandes) als gemeinwohlfördernde Aufgabe, hinter die Gerechtigkeitsüberlegungen zurücktreten sollten. Einige kritisierten außerdem aggressive Steuerpraktiken angelsächsischer Kanzleien oder Shareholder-Value-geleitete Steueroptimierung, die unternehmerisches Handeln nach Vorbild des Mittelstands verunmöglicht.
- c) **Verteilungsfragen:** Fast alle Befragten sprachen sich für moderate vertikale Umverteilungsmaßnahmen (von oben nach unten) aus, wie die Anhebung des Spitzensteuersatzes oder die Senkung der Steuerlast für untere und mittlere Einkommen. Die meisten Vorschläge waren moderat und würden den Trend der zunehmenden Ungleichheit nicht umkehren. Interessanterweise sprachen sich viele der Befragten für höhere Erbschaftssteuern aus – anders als Laien, die Erhöhung von Erbschaftsteuer tendenziell eher skeptisch sehen (siehe Liebig und Mau, 2005). Sie begründeten dies mit Gerechtigkeitsüberlegungen und demokratischer Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft. Für die meisten der Befragten war jedoch Wettbewerbsfähigkeit und der Fortbestand von Unternehmen eine unverhandelbare Grenze.
- d) **Komplexität und Vereinfachung des Steuersystems:** Besonders weit verbreitet, aber umstritten, ist die Forderung nach einer Vereinfachung des Steuersystems. Eine Gruppe von Interviewten führten verschiedene Argumente an, die für eine Vereinfachung sprechen, und zwar ökonomische Effizienz, Rechtssystematik und Rechtssicherheit, Schließung von Schlupflöchern, Benutzerfreundlichkeit und Verständlichkeit. Für andere Befragte ist eine Vereinfachung bzw. eine Einfachsteuer eine „Mogelpackung“, die in einer komplexen Welt nicht funktioniert: Würde das Steuerrecht radikal vereinfacht, wären an anderer Stelle Präzisierungen nötig. Ein Flat-Tax-Modell mit einem Höchststeuersatz von 25 % wurde im politischen Diskurs und im Wahlkampf 2005 als Bierdeckelsteuer angepriesen, die das Leben der Bürger:innen einfacher macht. Der Urheber des Flat-Tax-Modells, Paul Kirchhof, ehemaliger Professor für Steuerrecht in Heidelberg und Richter am Bundesverfassungsgericht, ist eine schillernde und umstrittene Figur der deutschen Steuerrechtsszene. Steuerprofessionelle sehen ihn entweder als „Visionär“, als „großen Denker“, als einen „Menschen mit simplen Vorstellungen“ und „wenig Ahnung von Europarecht“ oder als „Sektenprediger“. Die Bierdeckelsteuer war ein Grund für die Wahlniederlage, da die Steuererleichterung für hohe Einkommen von der Mehrheit der Wähler:innen (und anderen Expert:innen) als ein Projekt zur Begünstigung der ohnehin Privilegierten gesehen wurde. Während Steuererklärungen von Arbeitnehmer:innen relativ einfach zu handhaben sind, betreffen besonders komplexe Steuerfragen die Besteuerung von Unternehmen oder Finanzprodukten.

## V. Idealtypen von Regulierungseinstellungen

Als Idealtypen betrachtet ergeben sich folgende Regulierungstypen:

- a) Der Typ **Shaper** versteht sich als Gestalter:in und Kosmopolit:in und reagiert flexibel auf Änderungen des regulatorischen Rahmens. Er/sie gibt sich elitär und stellt die eigene Ethik im Zweifelsfall über Gesetze und dient zugleich Interessen ausgewählter Klient:innen und gestaltet den Standort mit, auch im internationalen Regulierungsgefüge.
- b) Die **Zufriedenen** sehen Steuerpolitik und den Standort in einer vergleichsweise guten Situation, gehen aber auch davon aus, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Fortbestand zu sichern. Maßnahmen sollten im internationalen wie nationalen Rahmen ausgleichend sein.
- c) **Liberale leistungsorientierte Positivisten** verteidigen Leistungsträger:innen, den Mittelstand, Steuerpflichtige und liberale Werte mit neutralem Sachverstand gegen den Staat und den Zeitgeist (gekennzeichnet durch „überzogene“ *Moral- und Gerechtigkeitsansprüche*). Politik sei von der Mehrheit und linken Journalist:innen getrieben und setze aufgrund des Interesses, wiedergewählt zu werden, langfristig nützliche Projekte in vielen Fällen nicht um. Der Staat solle zugleich wenig in Märkte eingreifen, aber auch die Wirtschaft fördern und Zugeständnisse für den sozialen Frieden machen.
- d) Die **Dissonanten** sehen vor allem Ungerechtigkeiten im eigenen Kontext (steuerliche Vorteile für Superreiche, Finanzinvestoren und Erben vs. die hohe Besteuerung mittelhoher Einkommen wie das eigene) und werfen der Politik Doppelmoral vor. Diese reguliere unzureichend, fordere von Professionellen aber moralische Standards ein. Die Dissonanten haben wenig Vertrauen in politische Projekte, formulieren widersprüchliche Forderungen und haben eine divergierende private und professionelle Meinung zu Steuergestaltung.
- e) Die **Vereinfacher:innen** klagen über die Komplexität des Steuerrechts. Sie befinden sich entweder auf einer gehobenen Position oder in einer mittleren, in der sie sich überfordert fühlen. Die Einfachsteuer wird als Beleg ins Feld geführt, dass sich fachlich wünschenswerte Vorschläge politisch nicht durchsetzen lassen. Die Politik solle keine überzogenen moralischen Ansprüche an Steuermoral stellen, Lücken schließen und Komplexität eindämmen.
- f) Die **Ethiker:innen** setzen sich für mehr demokratische Gestaltung und Gerechtigkeit auch in der globalen Perspektive ein, treten für Gewaltenteilung ein und distanzieren sich von der Mehrheitsmeinung und den Praktiken von Steuerprofessionellen. Sie definieren sich nicht nur als Professioneller, sondern als Bürger:in mit ethischen Pflichten.

## VI. Von Expertise zu Professionellen-Aktivismus und Opportunismus

Nach unseren Erkenntnissen sind Steuerprofessionelle nicht die neutralen Expert:innen, als welche sie sich gegenüber Laien, Politiker:innen oder Journalist:innen darstellen. Sie scheinen über Fachwissen in ihrem spezifischen Arbeitsbereich zu verfügen. Wenn es aber um umfassende Regulierungsfragen geht, greifen sie auch einfache Ideen auf, deren Gültigkeit sie nicht in Frage stellen. Die Forschung hat gezeigt, dass der *Homo Oeconomicus* - in diesem Fall das steueroptimierende Individuum - eine Fiktion und eine



ideologische Annahme ist. Niedrige Steuern sind keine Garantie für Wirtschaftswachstum, da Gewinne nicht unbedingt reinvestiert werden oder Arbeitsplätze schaffen. Wenn der Staat kein guter Unternehmer ist, bleibt offen, was ein *"guter Unternehmer"* ist, ob unternehmerisches Denken überhaupt auf alle Bereiche der Gesellschaft inklusive Sorgetätigkeit ausgedehnt werden kann (kritisch dazu Polanyi, 2011) und ob dieses unternehmerische Element im Kontext der wachstumsinduzierten ökologischen Krise überhaupt erstrebenswert ist. Positionen der modernen Geldtheorien (MMT), die zeigen dass staatliche Haushalte selten ausgeglichen sind und dass Haushaltspolitik von komplexen Faktoren abhängt (Wray, 2018; Kelton, 2021), scheinen unter Steuerprofessionellen größtenteils unbekannt zu sein, die auch eine keynesianische Ausgabenpolitik kaum in Erwägung ziehen.

Die Reformvorschläge der Berufsangehörigen stehen häufig in Zusammenhang mit realpolitischen Kontroversen über bestimmte steuerpolitische Maßnahmen. Ihre Argumente sind - größtenteils wohl unbewusst - von eng umrissenen Fragen der Berufspraxis geprägt, die nach den Argumenten in Interviews zu beurteilen, stärker von den Interessen der Klient:innen beeinflusst werden (und indirekt dem eigenen geschäftlichen Interesse) als von gesellschaftlich relevanten Fragen oder Perspektiven und großen Problemen wie der Umweltkrise. Die paradoxe Position von Steuerexpert:innen zeigt sich darin, dass sie sich einerseits als neutrale Expert:innen verstehen, andererseits aber einen juristischen Aktivismus befürworten (Lang, 1995, S. 18), der in der Praxis Konzepte der Steuergerechtigkeit fördert, die eine Umverteilung von oben nach unten eingrenzen bis ausschließen (z.B. Hey, Tipke und Lang, 2015) und die unkritisch Konzepte aus Wirtschaftswissenschaften in das Steuerrecht integrieren, ohne deren ideologische und empirische Basis zu klären (Leipold, 2020).

So erweisen sich Steuerberater:innen trotz ihres beruflichen Hintergrunds nicht grundsätzlich als Expert:innen mit erhöhter Problemlösungskompetenz oder mit besseren Lösungen für die politische Gestaltung von Steuersystemen – trotz berechtigter Kritik an Versäumnissen von Politik und Verwaltung (journalistisch zugespitzt am Fall Cum-Ex s. Schröm, 2021; Bognanni, 2022). Eine berufliche Selbstregulierung oder das Vertrauen auf die Berücksichtigung gesellschaftlicher Belange durch Fachleute dürfte daher wenig dazu beitragen, die drängenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Stattdessen sollte eine institutionelle Reform dazu führen, dass die politische Gestaltung der Steuer- und Finanzsysteme in einer Gesamtperspektive erfolgt, ohne dass die Gesellschaft bei der Lösung politischer Fragen von Fachleuten abhängig wird.

## VII. Literatur

- Bartels, L. (2008) *Unequal democracy: The political economy of the new gilded age*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Berger, H. (2021) 'Warum sich Mr. Cum-Ex als Opfer eines Justizskandals sieht'. Available at: <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/hanno-berger-besuch-bei-mr-cum-ex>.
- Beruf-Steuerberater.de (o. J.). *Steuerberater werden: Ausbildung oder Studium*. . Zugegriffen: 9. Dezember 2021
- Bognanni, M. (2022) *Unter den Augen des Staates: der größte Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik*. München: dtv.
- Deutscher Bundestag (2017) 'Beschlussempfehlung und Bericht des 4. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes'. Berlin.
- Handelsblatt (2021) 'Schaden im Cum-Ex-Skandal möglicherweise dreimal so hoch wie gedacht', *Handelsblatt*, 21 October. Available at: <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/cum-ex/steuergeschaeft-schaden-im-cum-ex-skandal-moeglicherweise-dreimal-so-hoch-wie-gedacht/27724818.html>.
- Harrington, B. (2016) *Capital without borders: Wealth managers and the one percent*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Hey, J., Tipke, K., & Lang, J. (2015). § 3 Steuersystem und Steuerverfassungsrecht. In *Steuerrecht* (S. 63–137). Köln: Verlag Dr. Otto Schmidt KG.
- Kelton, S. (2021) *Der Defizit-Mythos: die Modern Monetary Theory und die Gestaltung einer besseren Wirtschaft*. Erste Auflage. Translated by E. Nopp. Berlin: Lola Books.
- Lang, J. (1995). Über das Ethische der Steuertheorie von Klaus Tipke. In J. Lang (Hrsg.), *Die Steuerrechtsordnung in der Diskussion* (S. 3–23). Köln: O. Schmidt.
- Leipold, A. (2020) 'Steuervermeidung und liberale Steuertheorie. Ein Beitrag zum konzeptionellen Wandel von Besteuerungsgrundsätzen nach 1945', *Zeitschrift für Politische Theorie*, 11(2), pp. 273–290. doi:10.3224/zpth.v11i2.07.
- Lordon, F. (2000) 'La force des idées simples: Misère épistémique des comportements économiques', *Politix*, 13(52), pp. 183–209.
- Martin, I.W. (2013) *Rich people's movements: grassroots campaigns to untax the one percent*. Oxford ; New York: Oxford University Press (Studies in postwar American political development).
- OECD (2022) 'Tax revenue', OECD Data. Available at: <https://data.oecd.org/tax/tax-revenue.htm> (Accessed: 2 April 2022).
- Ötsch, S. (2017) 'Zwischen gesellschaftlichem Ansehen und organisierter Kriminalität: Berufstätigkeit im Bereich der Steuerflucht und -vermeidung', in Nienhueser, W. and Schmiel, U. (eds) *Steuern und Gesellschaft*. Marburg: Metropolis Verlag, pp. 265–314.
- Ötsch, S. (2021) 'Accumulation and tax professionals: the case of tax consultants in Germany', in Marlène Benquet and Bourgeron, T. (eds) *Accumulating Capital Today*. Abingdon and New York: Routledge, pp. 208–223.
- Ötsch, S., Buchholz, S. and Lochner, F. (2021) 'Arbeit in der legalen Grauzone: Steuerprofessionelle in einer transformierenden Sinnkrise?', *Momentum Quarterly*, 10(4), pp. 237–260.
- Polanyi, K. (2011) *The great transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 9th edn. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schröm, O. (2021) *Die Cum-Ex-Files: der Raubzug der Banker, Anwälte und Superreichen - und wie ich ihnen auf die Spur kam*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Seabrooke, L. and Wigan, D. (2015) 'Powering ideas through expertise: Professionals in global tax battles', *Journal of European Public Policy*, pp. 1–18. doi:10.1080/13501763.2015.1115536.
- Sikka, P. (2010) 'Smoke and mirrors: Corporate social responsibility and tax avoidance', *Accounting Forum*, 34(3–4), pp. 153–168.
- Sikka, P. and Willmott, H. (2013) 'The tax avoidance industry: Accountancy firms on the make', *Critical perspectives on international business*, 9(4), pp. 415–443. doi:10.1108/cpoib-06-2013-0019.
- Steuerle, C.E. (2002) 'And Equal (Tax) Justice for All?', in Thorndike, J. and Ventry, D.Jr. (eds) *Tax Justice: The ongoing debate*. Washington, DC: The Urban Institute Press, pp. 253–284.
- U. S. Permanent Subcommittee on Investigations (2005) 'The Role of Professional Firms in the U.S. Tax Shelter Industry'. Washington.



UK House of Commons. Committee of Public Accounts (2013) 'Tax Avoidance: The Role of Large Accountancy Firms: Forty-fourth Report of Session 2012–13'. London.

Ventry, D.Jr. (2002) 'Equity versus Efficiency and the U.S. Tax System in Historical Perspective', in Thorndike, J. and Ventry, D.Jr. (eds) Tax Justice: The ongoing debate. Washington, DC: The Urban Institute Press, pp. 25–70.

Wray, L.R. (2018) Modernes Geld verstehen: der Schlüssel zu Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Erste Auflage. Berlin: Lola Books.

## SOFI Working Papers

**Vogel, Berthold; Becker, Raphaela; Brencher, Kenneth; Dieterich, Philipp; Hesse, Jan-Friedrich; Kinze, Fabian; Mühleib, Shanti; Opfermann, Marc; Winter, Sarah; Zindl, Tanita (2022):** Gesellschaftliche Folgen der Pandemie. Ein Studienbericht aus dem Masterstudium Soziologie an der Universität Kassel

**Lehweß-Litzmann, René/Hofmann, Thomas (2022):** Fachkräftenachwuchs für den Rettungsdienst? Wie auszubildende Notfallsanitäter:innen ihre berufliche Zukunft sehen

**Tullius, Knut/Vogel, Berthold/Wolf, Harald (2021):** Mentalitäten des Umbruchs. Wie sich Beschäftigte orientieren und wie sie unter Transformationsbedingungen handeln. Ein Forschungskonzept

**Söhn, Janina (2021):** Berufswechsel messen - Methodische Erörterungen zur Analyse horizontaler beruflicher Mobilität im Mikrozensus und im Nationalen Bildungspanel

**Bluhm, Felix/Birke, Peter/Stieber, Thomas (2021):** Hinter den Kulissen des Erfolgs. Eine qualitative Untersuchung zu Ausbildung und Erwerbsarbeit von Geflüchteten

**Lehweß-Litzmann, René/Krebs, Bennet/Maier, Tobias/Sonnenburg, Anja/Thobe, Ines/Vogel, Berthold/Wolter, Marc Ingo (2020):** Was sind gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen? Eine konzeptionelle Eingrenzung - Grundlagen des Projekts GenDis

**Carls, Kristin/ Gehrken, Hinrich/Kuhlmann, Martin/Thamm, Lukas (2020):** Digitalisierung – Arbeit – Gesundheit. Zwischenergebnisse aus dem Projekt Arbeit und Gesundheit in der Arbeitswelt 4.0

**Tullius, Knut (2020):** Digitalisierung und Systemische Rationalisierung im Finanzdienstleistungssektor – Folgen für Angestelltenarbeit an der „Front-Line“

**Hule, Richard/Ötsch, Silke (2020):** Verschwörungstheorien im Neoliberalismus - Von einer soziologisch-interdisziplinären Theorie zum Modell?

**Schulz, Lena (2020):** Gesellschaftsbilder von Betriebsrätinnen, Betriebsräten und Vertrauensleuten - Stand der Forschung und Begriffsgeschichte

**Kuhlmann, Martin/Voskamp, Ulrich (2019):** Digitalisierung und Arbeit im niedersächsischen Maschinenbau

**Buss, Klaus-Peter (2018):** Auf dem Weg in den Handel 4.0? Digitalisierung in kleinen und mittleren Handelsunternehmen. Befunde der SOFI-Erhebung im Rahmen des Projektes „DiHa 4.0 – Digitalisierung im Handel“

**Söhn, Janina (2018):** Is it time for a change? A literature review on occupational mobility among older workers in Germany and the USA

**Detje, Richard/Dörre, Klaus/Gottschall, Karin/Kronauer, Martin/Sauer, Dieter/Schumann, Michael/Vogel, Berthold (2018):** Zeitenwende - Ehrenkolloquium für Michael Schumann zum 80. Geburtstag

**Kalkowski, Peter (2017):** Das Verhältnis von formaler und informaler Strukturierung bei kooperativer Produktentwicklung – Sechs Fallstudien im Vergleich

**Bartelheimer, Peter/Kohlrausch, Bettina/Lehweß-Litzmann, René/Söhn, Janina (2014):** Teilhabebarrrieren: Vielfalt und Ungleichheit in segmentierten Bildungs- und Beschäftigungssystemen

**Weitere SOFI Working Papers seit 2007 finden Sie online unter:**  
[www.sofi.uni-goettingen.de/publikationen](http://www.sofi.uni-goettingen.de/publikationen)

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e. V.  
 an der Georg-August-Universität  
 Friedländer Weg 31  
 37085 Göttingen  
[sofi@sofi.uni-goettingen.de](mailto:sofi@sofi.uni-goettingen.de)